

Erich Foglar

Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbunds



Konzentration auf Wachstum und Beschäftigung

Letztlich ist die gegenwärtige *große Krise* von der Einstellung ausgegangen, dass wirtschaftliche Abläufe nicht durch den Staat gelenkt werden dürften, weil der Markt für die richtigen und besseren Entscheidungen sorgen würde. Und das wäre nicht lediglich für einige wenige Individuen sondern in unserer Zeit für die ganze Welt das Beste.

Ausgehend vom Finanzsektor erfolgte schrittweise eine internationale Deregulierung aller Wirtschaftssektoren, die eng mit der Mitgliedschaft von Staaten in internationalen Institutionen wie dem IWF oder der OECD verknüpft ist. Infolge der Finanzkrisen in den 1990er Jahren (Asien, Mexiko, Russland, Argentinien, Türkei) wurde dieser Systemfehler sichtbar. Um darauf hin international akkordierten staatlichen Regulierungen zuvorzukommen, wurde das Konzept der *Selbstregulierung* forciert.

Ab den frühen 1990er-Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde ebenfalls international akkordiert im Wege des WTO-Systems begonnen, die Waren- und Dienstleistungsmärkte zu liberalisieren – einschließlich der Arbeitsmärkte und der Systeme der sozialen Sicherheit und ausdrücklich ohne Re-Regulierungsbefugnisse.

Das zunehmende wirtschaftliche Gewicht einer Reihe weiterer Länder zeigt sich daran, dass nunmehr die Koordination der wichtigsten Länder sich vom Kreis der OECD/G-7-Länder in jenen der G-20 zu verlagern scheint. Der Anstieg des Welthandels überdeckte längere Zeit die gravierenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den großen Wirtschaftsmächten. Sie wurden aber spätestens mit dem Ausfall der USA als *Konsument* unübersehbar – ohne dass bislang eine andere Region die Rolle

der Konjunkturlokomotive zu übernehmen bereit wäre.

Mit einem Anteil von weniger als 1% am Welt-BIP ist ein Ausscheren Österreichs aus der EU bei gleichzeitigem Bewahren des wirtschaftlichen und sozialen Erfolgs pure Illusion. Die Aufgabenstellung ist vielmehr, die richtigen Schlussfolgerungen aus der Krise zu ziehen und innerhalb der EU die dazu notwendigen Reformschritte zu unterstützen.

Im Hinblick auf den Finanzsektor zeigt sich nun das Ausmaß des privaten Scheiterns und die Versäumnisse seitens der Politik regulierend einzugreifen. Nun kann nur mehr der – zuvor so verpönte – Staat rettend eingreifen und die Sanierung unterstützen. Dieser Unterstützung durch den Staat muss nun aber die erforderliche Regulierung des Finanzsektors und dessen Aufsicht im internationalen Gleichklang folgen.

Bei der weltweiten Reform des Finanzsektors geht es nun darum, dass dieser anstatt den Herrn zu spielen, wieder seine dienende Rolle an der Wirtschaft und Gesellschaft einnimmt. Nach der Krise zum Status quo zurückzukehren darf nicht mehr möglich sein.

Aus Arbeitnehmersicht muss es dazu strenge Auflagen und Regeln geben. Wenn die öffentliche Hand die Banken unterstützt, dann muss das Geld in den Wirtschaftskreislauf kommen, um die Wirtschaftsentwicklung zu unterstützen und Arbeitsplätze zu erhalten. Denn wenn die Steuerzahler das Risiko tragen sollen, dann müssen sie auch an künftigen Gewinnen beteiligt werden und einen fairen Anteil an der künftigen Wertsteigerung bekommen. Die Aufsicht muss mehr Biss bekommen. Rating Agenturen, die massiv zur Entstehung der Krise beigetragen haben, sind künftig ebenfalls der

Regulierung und Aufsicht zu unterwerfen. Diese Agenturen bewerten Firmen und Banken, von denen sie selbst bezahlt werden. Und schließlich muss es für die staatlich geförderte kollektive Altersvorsorge ein Sicherheitsnetz geben.

Die Europäische Union hat bisher stark auf den Wettbewerb (Zielsetzung: dynamischster, wissensbasierter Wirtschaftsraum) gesetzt und der Entwicklung seiner Binnennachfrage weniger Gewicht beigemessen. Wohl wird der wirtschaftliche Erfolg weiterhin zwischen Arbeit und Kapital aufgeteilt werden. Aber die Entwicklung der Lohnsumme, derjenige Teil, der den Arbeitskräften in Form von Löhnen und Gehältern zufließt, ist seit längerer Zeit rückläufig, während sich die Aktienindizes als Ausdruck der unternehmerischen Vermögenswerte in die gegenläufige Richtung bewegten.



Die Selbstregulierung der Wirtschaft hat in einem historischen Ausmaß versagt bzw. maßgeblich die gegenwärtige Krise verursacht.

In der Krise kommt nunmehr wieder die Sorge vor sozialen Revolten auf. Der Ankündigung einer neuen Ethik in

den Vorstandsetagen muss die Praxis im Tagesgeschäft folgen. Letztlich wird die (europäische) Wirtschaftspolitik beim Weg aus der Krise die ungleicher gewordene Einkommensverteilung korrigieren müssen. Auch das bedeutet Reform und ist nicht als Sache der Ebene der Mitgliedstaaten verschiebbar: Denn damit die Bevölkerung an das europäische Projekt weiter glauben kann, muss sie erkennbar am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben können. Und dabei geht es um die elementaren Fragen, die von der europäischen Wirtschaftspolitik bislang an den Markt zur Lösung abgeschoben wurden: Vollbeschäftigung, faire Löhne, kollektiv organisierte soziale Sicherungssysteme sowie gut ausgebaute öffentliche Dienstleistungen.

Aber genau das kann der Markt nicht leisten. Und auch andere wichtige Bereiche sind vernünftigerweise nicht bloß dem Markt zu überlassen, sondern es sind ihm vielmehr Rahmen zu setzen.

Die europäische Union hat zu Recht eine Dekade lang Forschung, Entwicklung, Ausbildung, Wissen als strategische Komponente ihrer Wirtschaftspolitik verfochten. Das kumulierte Wissen in den Unternehmen und bei den Beschäftigten ist aber jetzt zum Objekt der Begierde der globalen Partner Europas geworden – und in Krisenzeiten oftmals billig zu erwerben. Im Gegensatz zu den USA – die kein Problem damit haben, bestimmte Wirtschaftsbereiche oder Unternehmen als strategisch wichtig anzusehen und somit vor ausländischen Übernahmen bewahren und notfalls auch zu verstaatlichen – scheint in Europa der beinahe naive Glaube an den Wettbewerb derartigen Schutzmaßnahmen entgegenzustehen.

Mit der Budgeterstellung im gegenwärtigen wirtschaftlichen Umfeld wird den öffentlichen Haushalten über die

automatischen Stabilisatoren hinaus eine stärkere aktive Rolle zukommen müssen. Bei aller Notwendigkeit ist dies für die europäischen Länder wie für die Europäische Union aus vielerlei Gründen keine einfache Aufgabenstellung.

Die bislang fehlende europäische Unternehmensbesteuerung, die Mechanismen des Finanzausgleichs, die Fokussierung der Wirtschaftspolitik auf den Wettbewerb, die Interpretation bzw. Anwendung des Stabilitätspaktes, die Spielräume der Zentralbank und nicht zuletzt die ungelöste soziale Dimension Europas stehen auf dem Prüfstand.

Das vollzieht sich in einer Phase hoher prognostischer Unsicherheiten angesichts der internationalen Wirtschaftskrise, die gegenwärtig keinen sicheren mittelfristigen Planungshorizont zulässt. Bei den diesbezüglich veröffentlichten Zahlenwerken handelt es sich um miteinander konsistente Annahmen, mit denen ein möglicher Pfad der Wirtschaftsentwicklung abgebildet wird.

Nicht nur Österreich und die EU-Mitgliedstaaten werden in weiterer Folge Überlegungen zur Budgetkonsolidierung anstellen, sondern wohl auch die EU selbst, deren Einnahmen aufgrund der Rezession hinter dem beschlossenen Ausgabenrahmen 2007 bis 2013 bleiben werden. Den Stabilitätspakt wie bisher anzuwenden, würde die das Wachstum dämpfenden Effekte nach 2010 potenzieren – mit der Gefahr, dass bereits in einem Frühstadium der nächste Konjunkturaufschwung wieder abgewürgt wird.

Aus der Sicht des ÖGB muss der künftige Maßnahmenmix so gewählt werden, dass negative Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung so gering wie möglich gehalten werden. So gehen etwa von der Erhöhung der Besteuerung des Vermögens deutlich geringere negative Effekte auf die Nachfrage aus als von einer Erhöhung der Umsatzsteuer. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer soll von der österreichischen Regierung unterstützt werden.